

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Band: 74 (2003)
Heft: 9

Artikel: Die Sozialwerke kosten immer mehr, weil wir immer mehr wollen : soziale Sicherheit ist keine Frage der Kosten, sondern des Willens
Autor: Rizzi, Elisabeth
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-804780>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Sozialwerke kosten immer mehr, weil wir immer mehr wollen

Soziale Sicherheit ist keine Frage der Kosten, sondern des Willens

Die Sozialwerke darben. Im Wahljahr 2003 sind sie zu Profilierungsjoker für immer neue Sparvorschläge geworden. Doch damit allein ist keine Lösung gefunden. Denn die Ursachen für die Finanzprobleme lassen sich so nicht ausradieren.

Je düsterer die Wirtschaftsaussichten, desto stärker gerät die Soziale Wohlfahrt unter Druck. Derzeit droht das Solidaritätssystem, das nach dem zweiten Weltkrieg langsam aufgebaut wurde, zu bröckeln. Die Versicherungen für Invalide, Militärdienstleistende, Verunfallte, Kranke, Arbeitslose und Betagte werden immer mehr als Belastung empfunden.

Dass die SVP im Wahljahr 2003 die Scheininvalidität zu ihrem Lieblingsthema erklärt, überrascht kaum. Doch auch die Freisinnigen fordern mehr Eigenverantwortung von den Leistungsempfängenden und eine Mitberücksichtigung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit beim Sozialversicherungssystem. Die FDP bekennt in ihrem neusten Positionspapier zur Sozialpolitik: «Seit 1990 verzeichnet die Schweiz eine Wachstumsstagnation und zunehmende Arbeitslosigkeit. Ein weiterer Ausbau des Sozialstaates wäre damit wirtschafts- und arbeitsplatzfeindlich.» Dass sogar die linken Parteien dringenden Handlungsbedarf sehen zeigt, dass es wirklich arg steht um die Sozialwerke. So scheut die SP nicht mehr vor der Forderung



Die finanzielle Last der Sozialwerke ist immer mehr gewachsen. Dafür profitieren Behinderte, Betagte, Kranke und Arbeitslose von immer mehr Leistungen.

zurück, die zweite Säule zurück zu binden, um so die AHV zu stärken.

Immer weniger Zahlende

Tatsächlich steht die Soziale Sicherheit vor grossen Problemen. Die finanzielle Last ist immer stärker angewachsen. Betragen die Sozialausgaben des

Bundes im Jahr 1960 noch 12,5 Prozent der Gesamtausgaben, so waren es im Jahr 2000 mit 12 281 Millionen Franken bereits 26,1 Prozent. Gemäss dem eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement entspricht dies einer jährlichen Kostenzunahme von rund 8,5 Prozent. Gesamthaft verzeichnete die Schweiz heute nach Portugal den

höchsten Anstieg der Soziallastquote. Verschiedene Bereiche des Sozialwesens sind schon vor längerer Zeit in die roten Zahlen gerutscht. Mit einem Ausgabenvolumen von 27,4 Milliarden Franken steht die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) an der Spitze. Die Ausgaben steigen hier seit 1992 regelmässig stärker als die Einnahmen. Auch bei der Invalidenversicherung (IV) – mit einem Ausgabenvolumen von 8,4 Milliarden Franken an zweiter Stelle – werden seit 1993 Ausgabenüberschüsse verzeichnet. Bei der Krankenversicherung schliesslich rechnen Experten in nächster Zukunft mit einem Ausgabewachstum von 40 Prozent.

Die Bevölkerungsentwicklung trägt alles andere als dazu bei, das Finanzierungsproblem zu lösen. Immer weniger Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich aktiv mit Lohnabzügen an der Deckung der Sozialwerke. Sind heute noch 4 Millionen Menschen in der Schweiz erwerbstätig, so dürften es im Jahr 2060 nur mehr knapp 3,7 Millionen sein.

Unattraktive Lösungen

Die Politik hat schon vor dem Wahljahr die auseinanderklaffende Schere zwischen Sozialleistungen und Finanzierung erkannt. Die interdepartementale Arbeitsgruppen 1 und 2 der «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen» (IDA FISo) befassten sich bereits Mitte der Neunzigerjahre mit möglichen Szenarien. 1997 zeigte die IDA FISo auf, wie sich die Sozialwerke bei einem Um-, Aus- oder Abbau entwickeln würden. Das Ergebnis war ernüchternd. Würde der Stand der damaligen Leistungen erhalten bleiben, so rechnete die Gruppe, würde dies den Bund jährlich 15,3 Milliarden Franken kosten. Ein gezielter Abbau würde ebenfalls jedes Jahr neun Milliarden Franken kosten. Die IDA FISo zeigte drei gleichermaßen

unattraktive Lösungswege auf. Erstens könnte der Prozentsatz der Lohnabzüge erhöht werden. Zweitens könnte der Bundeszuschuss hinaufgesetzt werden. Und drittens könnten Leistungen gekürzt werden.

Langsam aber stetig erwärmte sich die Politik für den dritten Weg. In den letzten Jahren begannen verschiedene Spar-Experimente. So versuchten Kantone und Kommunen mit Globalbudgets, Leistungsaufträgen und Subventionsstreichungen die Kosten in den Griff zu bekommen. Auf Bundesebene bedeutet der Neue Finanzausgleich (NFA) einen schmerzhaften Einschnitt für das Sozialwesen. Einen Vorgeschmack hat die soziale Wohlfahrt bereits mit dem Entlastungspaket 2003 erhalten. Dieses betrifft im Sozialwesen vor allem die Bereiche AHV und IV (vgl. CURAVIVA Newsletter 7-8 und 9).

Nur vordergründig weggespart

Kurz vor den eidgenössischen Wahlen wurde der Umbau der Sozialwerke nun zu einem unabkömmlichen Profilierungsjoker – nicht nur für Parlamentsmitglieder und Kandidierende, sondern auch für Verbände. So verlangt beispielsweise der Wirtschaftsverband *économie suisse* eine Erhöhung des Rentenalters, Bekämpfung von subventionierten vorzeitigen Pensionierungen, Überprüfung des Systems der Teuerungsanpassung bei der IV, Erhöhung des Selbstbehaltes und der Franchisen bei Krankenkassen etc.

Solche und radikalere Ideen lassen sich mit etwas gutem Willen und vielleicht zu wenig Widerstand realisieren. Dabei droht aber vergessen zu gehen, dass der Bedarf nach zusätzlichen Leistungen vom Sparen allein nicht kleiner wird. Die Kostenexplosion bei den Sozialwerken hat ihre Wurzeln in einem veränderten Bewusstsein der Gesellschaft. Dieses manifestiert sich in gesetzlichen Änderungen, der

zehnten AHV-Revision, dem neuen Krankenversicherungsgesetz, der Leistungsausweitung im IV-Bereich, der obligatorische Arbeitslosenversicherung etc.

Darum verwundert es nicht, dass das Bundesamt für Sozialversicherung am gleichen Tag, als der Bundesrat die IV-Verordnungsänderung für das Entlastungspaket beschloss, lakonisch festhielt, dass die Beiträge an Behinderteninstitutionen in den nächsten Jahren trotzdem deutlich steigen werden. Das gleiche dürfte für die Altersvorsorge gelten. Weiterhin wird die Lebenserwartung zunehmen. Auch wird der Pflegebedarf von Hochbetagten wachsen. Keine Entwarnung gibt es zudem bei der Krankenkasse. Die Menschen werden weder jünger, noch lassen sich alle Krankheiten mit einem Schlag ausrotten, noch lässt sich der technologische Fortschritt und die mit ihm verbundene Mengenausweitung aufhalten.

Die grossen Ausgabenposten lassen sich also vordergründig wegsparen. Aber an der gesellschaftlichen Entwicklung – dem wachsenden Bedarf – wird sich dadurch allein nichts ändern. Denn es stellt sich nicht die Frage: Wie stark können die Kosten noch gesenkt werden, sondern: Wieviel ist uns die Soziale Sicherheit wert?

Wieviel ist es uns wert, dass Schwerstarbeitende auf dem Bau frühzeitig in Pension gehen können? Wieviel ist es uns wert, dass Frauen und Männer in der Altersvorsorge gleich berechtigt sind? Wieviel ist es uns wert, dass behinderte Menschen am Gesellschaftsleben teilhaben können? Wieviel ist es uns wert, dass die Behandlung einer Krankheit für alle bezahlbar bleibt? Wieviel ist es uns wert, dass wir im eigenen Krankheits-, Invaliditäts- und Altersfall weiterhin ein menschenwürdiges Dasein erfahren können?

Text: Elisabeth Rizzi

Foto: zVg